

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 87. Ratssitzung vom 10. Februar 2016

1669. 2015/375

Postulat von Anjushka Früh (SP) und Eva Hirsiger (Grüne) vom 25.11.2015: Verzicht auf mit Palmöl oder Palmfett angereicherte Lebensmittel in städtischen Verpflegungsbetrieben

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Eva Hirsiger (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1436/2015): Palmöl ist das billigste und meist verwendete Öl weltweit und ist in zahlreichen Lebensmitteln wie Backwaren, Fertigprodukten oder Margarine enthalten. Es kann auch unter der Bezeichnung «pflanzliche Fette» aufgeführt sein. Der Anbau von Ölpalmen ist sowohl aus ökologischer als auch aus sozialer Sicht stark umstritten. Für die Produktion von Palmöl werden jährlich riesige Flächen Regenwald durch Brandrodung abgeholzt. Dabei werden durch den Torfabbau hinsichtlich der Bepflanzung grosse Mengen an CO₂ freigesetzt. Dadurch wurde Indonesien mittlerweile zum drittgrössten Emittenten von Treibhausgasen. In Indonesien sind bereits zwei Drittel der Regenwälder zerstört. Die Regenwälder sind ein wichtiger Lebensraum von einzigartigen Pflanzen und Tieren. Wo neue Plantagen entstehen, gibt es Konflikte um Landnutzungsrechte. Die Einheimischen haben oft keine Chance gegen die Grosskonzerne und verlieren ihre Lebensgrundlage. Natürlich kann Zürich hier nicht viel beeinflussen. Doch dort, wo man die Wahl hat und die Entscheidung selber treffen kann, trägt man auch die Verantwortung für die Folgen der Entscheidung. Mittlerweile gibt es viele Lebensmittelhersteller, die auf Palmöl verzichten. Wir sind auch daran, mit Coop zu verhandeln. Vor diesem Hintergrund wäre es für die städtischen Verpflegungsbetriebe an der Zeit, mit gutem Beispiel voranzugehen. Es geht uns nicht primär um ein Verbot von Palmöl. Doch es sollte geprüft werden, wo man den Gebrauch reduzieren könnte.*

***Dr. Thomas Monn (SVP)** begründet den von Dr. Daniel Regli (SVP) namens der SVP-Fraktion am 16. Dezember 2015 gestellten Ablehnungsantrag: Die Schäden, die durch den Anbau von Palmölpflanzen entstehen, sind aus ökologischer Sicht sicherlich problematisch. Das Problem kann aber durch ein Verbot der Verwendung von Palmöl in städtischen Verpflegungsbetrieben nicht gelöst werden. In sehr vielen Lebensmitteln ist Palmöl enthalten und wird so automatisch konsumiert. Es ist völlig unmöglich, auf diese Lebensmittel zu verzichten. Den meisten Nahrungsmittelproduzenten ist das Problem bekannt. Sie verlangen auch eine Rückverfolgbarkeit und Deklarationspflicht der Palmöllieferanten. Die SVP ist der Meinung, dass ein generelles Verbot zu weit gehen würde. Es ist auch nicht Aufgabe der Stadt, zusätzlich zur Lebensmittelgesetzgebung weitere Vorschriften zu machen, die ohnehin nicht umsetzbar sind. Die SVP lehnt das Postulat ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Elisabeth Schoch (FDP): Auch die FDP lehnt das Postulat ab. Selbstverständlich erachten wir den Einsatz von Palmöl unter den heutigen Konditionen nicht als opportun. Wir gehen jedoch davon aus, dass in den städtischen Verpflegungsbetrieben professionelle Küchenchefs angestellt sind, die diese Entscheidung selber treffen und die Verantwortung wahrnehmen können. Die Entscheidung sollte nicht in der Kompetenz eines Gemeinderats liegen.

Reto Vogelbacher (CVP): Die Palmölproduktion ist nicht ökologisch. Auch das Abbrennen der Wälder ist ein Desaster. Doch man würde die städtischen Verpflegungsbetriebe mit der Forderung des Postulats überlasten. Die Palmöle sind in industriell vorproduzierten Lebensmitteln versteckt. Dort liegt der Haken. Die Postulanten schreiben, es sei jeweils als pflanzliches Fett deklariert. Für einen Einkäufer ist es unmöglich, zu erkennen, dass es sich um Palmöl handelt. Der einzige Weg ist unserer Ansicht nach, dass zuerst die Deklarationsvorschrift angepasst wird. Danach könnte man nochmals darüber reden. Die CVP lehnt das Postulat ab.

Anjushka Früh (SP): Die SVP hat das Postulat nicht verstanden. Es geht nicht darum, den städtischen Verpflegungsbetrieben ein Verbot der Verwendung von Palmöl aufzudrängen. Sie sollen lediglich prüfen, ob ein vermehrter Verzicht möglich ist und wo ein solcher Verzicht sinnvoll wäre. Das Postulat soll auch den Effekt haben, dass die Palmölproblematik in den städtischen Verpflegungsbetrieben thematisiert wird und dadurch eine Sensibilisierung der Küchenchefs erreicht werden kann.

Eva Hirsiger (Grüne): Eine Ergänzung zum Votum der CVP: Die Deklaration soll demnächst angepasst werden. Es muss klar erwähnt werden, dass Palmöl enthalten ist. Zum Votum der SVP: Es ist nachweisbar, dass sogar zertifiziertes Palmöl an der Zerstörung von Regenwäldern beteiligt ist. Es ist also nicht so, dass zertifiziertes Palmöl viel besser wäre. Die einzige Lösung beim Gebrauch besteht in der Reduktion oder im Verzicht.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Ein generelles Verbot zur Verwendung von Palmöl wird es nicht geben. Die Palmölproduktion kann heute aber tatsächlich sehr negative ökologische und soziale Auswirkungen haben. Wir wollen diese nicht begünstigen. Es ist erstaunlich, in wie vielen Produkten Palmöl vorhanden ist. Es wird oft für das Braten, Backen und Frittieren verwendet. Es gibt für viele Anwendungen auch Alternativen. Diese sind allerdings heute noch deutlich teurer. Einheimisches Rapsöl etwa ist sehr viel teurer. Wir haben in der Stadt Richtlinien für soziale und ökologische Beschaffung. Hier gehört natürlich diese Frage dazu. Es existieren zahlreiche Projekte im Beschaffungsprozess und im Bereich soziale Nachhaltigkeit, in denen wir uns mit Ernährung befassen. Wir werden deshalb gerne prüfen, wie möglichst weitgehend auf Palmöl verzichtet werden kann. Im Übrigen muss Palmöl seit Januar 2016 auf den Produkten deklariert sein. Es

3 / 3

darf nicht mehr unter «pflanzliche Fette» aufgeführt werden. Ein Mittelweg ist, nachhaltig produziertes Palmöl zu verwenden. So kann die Wirtschaft der entsprechenden Länder unterstützt werden. Doch auch dort ist immer die Frage, was es kostet und wie man kontrollieren kann, ob es wirklich nachhaltig produziert wurde. Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen und wird prüfen, welche Verbesserungen im Rahmen des Budgets vorgenommen werden können.

Das Postulat wird mit 73 gegen 48 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat